



Stadt Halle (Saale)

29.01.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

- zu 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2017“ (Beschlussvorlage VI/2017/03365) – hier: Ehrengräber
Vorlage: VI/2017/03555**
-

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Ansatz für die Leistungen für Ehrengräber (1.55301.07) wird um zusätzlich 8.000 Euro **erhöht.**

Die Deckung erfolgt aus den beglichenen Forderungen zur Hochhausscheibe A.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016 (Vorlagen-Nummer: VI/2017/03365)-hier: Brandschutzerziehung
Vorlage: VI/2017/03585**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Halle (Saale) wird aufgefordert, zwei Stellen für die Brandschutzerziehung im Stellenplan einzuplanen. Für die Finanzierung der zwei Personalstellen für die Brandschutzerziehung (à 30 h/Woche (75%)) stellt die Stadt Halle (Saale) 60.000 Euro im Haushalt 2018 ein.

Die Deckung für das Jahr 2018 erfolgt aus den beglichenen Forderungen zur Hochhaus-scheibe A oder aus der zu erwartenden Verteilung der Brandschutzsteuer durch das Land Sachsen-Anhalt auf die kommunalen Gebietskörperschaften. Alternativ wird die Verwaltung aufgefordert, bis zur Haushaltsklausur einen Deckungsvorschlag einzubringen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

**zu 4.1.3 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016“ VI/2017/03365 – hier: Katastrophenschutz
Vorlage: VI/2017/03586**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.12801 Katastrophenschutz wird um 6.500 EUR erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den durch die Verwaltung prognostizierten globalen Minderausgaben im Bereich der Personalaufwendungen im Haushaltsjahr 2018.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

**zu 4.2 1. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 26.11.2014
Vorlage: VI/2017/03355**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 26.11.2014.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

**zu 4.3 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 26.11.2014
Vorlage: VI/2017/03354**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 26.11.2014.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

- zu 4.4 **1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes AZV Elster-Kabelsketal - Grundstücksentwässerungssatzung**
Vorlage: VI/2017/03429
-

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes AZV Elster-Kabelsketal - Grundstücksentwässerungssatzung.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

**zu 5.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle -
NEUES FORUM zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2017/03369**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ wird in der Stadtverwaltung eine 0,5 VZE-Personalstelle ab 01.01.2018 für die Organisation und Koordinierung der Präventionsarbeit in der Stadt eingerichtet. Die Stelle ist umgehend im Stellenplan für das Jahr 2018 zu berücksichtigen und mit Haushaltsmitteln zu untersetzen.
2. Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, einen Antrag zur Aufnahme in den Landespräventionsrat zu stellen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 08.11.2017:

zu 5.2 **Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit**
 Vorlage: VI/2017/03382

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Das städtische Ordnungsamt ist künftig grundsätzlich 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche erreichbar.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin